

Vorlage Stadtparlament

Datum 21. Mai 2019
Beschluss Nr. 3031
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Maja Dörig: «Ungenutzte Ressourcen für die Integration von Flüchtlingen»; schriftlich

Maja Dörig sowie 32 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 26. Februar 2019 die beiliegende Interpellation «Ungenutzte Ressourcen für die Integration von Flüchtlingen» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Die Integration von anerkannten Flüchtlingen ist eine Aufgabe von Bund, Kanton und Gemeinden. Anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen (FL/VA) verlassen die Schweiz in der Regel nicht mehr. Sie haben daher ein hohes persönliches Interesse an einer nachhaltigen Integration. Für den Kanton und die Gemeinden wiederum ist die erfolgreiche Integration dieser Personengruppe von grossem gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichem Interesse. Angestrebt wird insbesondere die Förderung der Sprachkompetenzen sowie die nachhaltige Erhöhung der Erwerbsquote. Gelingt eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration, werden die Gemeinden von Sozialhilfekosten entlastet, die nach Ablauf der Bundesfinanzierung getragen werden müssten. Wichtig ist aber auch die soziale Integration, welche auf die Stabilisierung der persönlichen Verhältnisse und Verbesserung der Alltagsbewältigung abzielt.

Der Bund hat per Mai 2019 die Integrationsagenda Schweiz (IAS)¹ lanciert und fünf übergeordnete Wirkungsziele festgelegt:

- FL/VA erreichen einen ihrem Potenzial entsprechenden Sprachstand. Drei Jahre nach Einreise verfügen alle wenigstens über sprachliche Basiskenntnisse zur Bewältigung des Alltags (wenigstens A1).
- 80 Prozent der Kinder aus dem Asylbereich können sich beim Start der obligatorischen Schulzeit in der am Wohnort gesprochenen Sprache verständigen.
- Fünf Jahre nach Einreise befinden sich zwei Drittel aller FL/VA im Alter von 16 bis 25 Jahren in einer postobligatorischen Ausbildung².

¹ Vgl. dazu <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/integration/integrationsagenda.html>.

² Ausbildung, die im Anschluss an die obligatorische Schulzeit beginnt (Berufslehre, Fachmittelschule, Maturitätsschule).

- Sieben Jahre nach Einreise sind 50 Prozent aller erwachsenen FL/VA nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt integriert.
- Sieben Jahre nach Einreise sind FL/VA vertraut mit den Schweizerischen Lebensgewohnheiten und haben soziale Kontakte zur einheimischen Bevölkerung.

Für die Umsetzung der Wirkungsziele zahlt der Bund Integrationspauschalen, die mit Blick auf die anspruchsvollen IAS-Zielsetzungen substanziell von einmalig CHF 6'000 pro FL/VA per 1. Mai 2019 auf neu einmalig CHF 18'000 pro FL/VA erhöht worden sind. Die Integrationspauschale ist nicht personenbezogen, sondern stellt einen Beitrag des Bundes an die Kantone für die Integrationsförderung der folgenden Personengruppen dar: Anerkannte Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, vorläufig aufgenommene Personen, schutzbedürftige Personen mit Aufenthaltsbewilligung, staatenlose Personen und vorläufig aufgenommene staatenlose Personen. Die Bundesmittel stehen zweckgebunden für integrationsfördernde Massnahmen zu Gunsten der erwähnten Personengruppen vollumfänglich den Gemeinden zur Verfügung.

Der Kanton bzw. das Kompetenzzentrum Integration und Gleichstellung (KIG) im Amt für Soziales (AfSO) fördert zusammen mit den Gemeinden die soziale Integration und die Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen in den ersten Arbeitsmarkt. Das KIG ist für die zweckgebundene Verwendung der Integrationspauschale gegenüber dem Bund rechenschaftspflichtig. Es sichert die Qualität der refinanzierten Massnahmen und sorgt für eine ausgewogene Angebotspalette. Das KIG stellt zudem Informationen zur Verfügung und pflegt einen engen Austausch mit den Gemeinden, die für die Integration vor Ort zuständig sind. Die Gemeinden können die vorfinanzierten Massnahmen gemäss dem «Konzept für die Refinanzierung von Integrationsmassnahmen für FL/VA»³ dem KIG jährlich in Rechnung stellen.

Zur Finanzierung dieser Anstrengungen steht die vom Bund an den Kanton St.Gallen ausbezahlte Integrationspauschale (IP) zur Verfügung. Diese Mittel werden bedarfsgerecht entsprechend einer individuellen Potenzialbeurteilung von FL/VA für spezifische und qualitativ gute Integrationsmassnahmen verwendet. Ausgehend von der in den letzten 24 Monaten in der Gemeinde anwesenden FL/VA errechnet das KIG das gemeindespezifische Beitragsmaximum. Das gemeindespezifische Beitragsmaximum wird jeweils per Ende Januar für das laufende Jahr kommuniziert. Bei Durchführung von Integrationsmassnahmen bezahlt die Gemeinde vorerst die Rechnung. Wie hoch die finanzielle Investition je FL/VA konkret ist und wie lange eine Massnahme dauert, entscheidet die fallführende Stelle. Die für die Zielgruppe eingeleiteten und vom Kanton geprüften Massnahmen können mit dem KIG jährlich pauschal bis zum jeweiligen Beitragsmaximum abgerechnet werden, unabhängig von der je Person in Anspruch genommenen Dauer der Massnahmen oder Anzahl Deutschlektionen und Deutschniveau. Die Verrechnung der eingeleiteten Massnahmen erfolgt jährlich per 30. November rückwirkend für die letzten zwölf Monate. Sollten die Zahlungen des Bundes höher oder tiefer ausfallen als vom KIG angenommen, werden die gemeindespezifischen Beitragsmaxima im Folgejahr um diese Mittel erhöht bzw. gesenkt. Die IP soll vollumfänglich für die Integration von FL/VA eingesetzt werden können. Die nicht ausgeschöpften Mittel fliessen im Folgejahr in die Berechnung der Beitragsmaxima ein.

Refinanziert werden unter exakt vorgegebenen Bedingungen professionelle Deutschkurse, ergänzende sprachfördernde Integrationsmassnahmen, Arbeitsintegrationsmassnahmen, Massnahmen mit

³ <https://www.sg.ch/content/dam/sgch/gesundheit-soziales/soziales/integration/fl-und-va/Konzept%20Refinanzierung.pdf>.

Kostengutsprachen (ausserhalb Katalog), familienergänzende Betreuungsangebote und Spielgruppen sowie Ausgaben für die soziale Integration (beispielsweise Beiträge für Mitgliedschaften in Vereinen oder für musische Tätigkeiten). Die nachfolgende Tabelle stellt dies im Überblick dar:

Bereich	IAS-Ziele	Kriterien	Betrag (begrenzt durch Beitragsmaximum)
Professionelle Deutschkurse	3 Jahre nach Einreise mind. A1	Auswahl aus der Liste der akkreditierten Sprachschulen	Unlimitiert
Ergänzende sprachfördernde Integrationsmassnahmen	3 Jahre nach Einreise mind. A1 80% der Kinder können sich bei Schuleintritt verständigen	Positive Beurteilung des Gesuchs ergänzende sprachfördernde Integrationsmassnahmen	Erwachsene: max. Fr. 400.–/Jahr Kinder: max. Fr. 500.–/Jahr
Arbeitsintegrationsmassnahmen	7 Jahre nach Einreise sind ½ aller Erwachsenen nachhaltig im 1. AM integriert	Auswahl aus Katalog „Massnahmen zur Arbeitsintegration“	Unlimitiert
Massnahmen mit Kostengutsprachen	7 Jahre nach Einreise sind ½ aller Erwachsenen nachhaltig im 1. AM integriert	Bewilligtes Gesuch für Massnahmen ausserhalb des Katalogs (siehe Kriterien für Organisation oder Privatpersonen)	Entsprechend der individuellen Kostengutsprache
Familienergänzende Betreuungsangebote und Spielgruppen	80% der Kinder können sich bei Schuleintritt verständigen	Professionelles Betreuungsangebot im Kanton St.Gallen	Unlimitiert
Soziale Integration	7 Jahre nach Einreise sind FL/VA vertraut mit den Schweizerischen Lebensgewohnheiten und haben soziale Kontakte zur einheimischen Bevölkerung	Die Teilnahme oder Mitgliedschaft fördert die soziale Integration	Unlimitiert

Da die meisten der FL/VA auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist deren Integration in der Stadt St.Gallen grundsätzlich eine Aufgabe der Sozialen Dienste (SDS). Im Mittelpunkt steht dabei, gestützt auf eine individuelle Potenzialbeurteilung, die nachhaltige berufliche Integration durch qualifizierende Massnahmen. Wie hoch die finanzielle Investition je FL/VA konkret ist und wie lange eine Massnahme dauert, entscheidet der fallführende Sozialberater bzw. die fallführende Sozialberaterin. Dieses individuelle Coaching ist zeitaufwändig. Für den zielgerichteten, nachhaltigen Mitteleinsatz ist vorerst eine sorgfältige Anamnese der vorhandenen Fähigkeiten und Interessen erforderlich. Auf dieser Grundlage und mit Blick auf die individuelle Integrationsplanung sind die konkreten integrationsfördernden Massnahmen im sprachlichen, beruflichen sowie sozialen Bereich festzulegen, aufzugleisen und zu begleiten. FL/VA werden gezielt in passende Massnahmen eingebunden.

Priorität haben dabei der Deutschkurs bis Niveau A2, anschliessend die Vermittlung in Praktika, Ausbildung/Lehre oder einer Arbeitsstelle. Diese komplexe Aufgabe wird in enger Zusammenarbeit mit dem Trägerverein Integrationsprojekte St.Gallen (TISG) bewältigt. Bei der Arbeitsintegration stellt der TISG den Gemeinden Qualifikations- und Integrationsprogramme sowie Vermittlungsdienste im Rahmen der Regionalen Potenzial- und Arbeitsvermittlungsstellen (REPAS) zur Verfügung.

Unterstützt werden die SDS auch durch die städtische Integrationsstelle, welche bei der Dienststelle Gesellschaftsfragen angesiedelt ist. Für die soziale Integration der FL/VA steht ein breites Integrationsangebot von bestehenden Beratungsstellen sowie Vereinen zur Verfügung. Aufgabe der städtischen Integrationsstelle ist es, diese zivilgesellschaftlichen Integrationsangebote zu koordinieren und zu fördern. Diese Integrationsangebote sind in der Regel nicht über die Integrationspauschale refinanzierbar und richten sich an die gesamte Migrationsbevölkerung (ca. 95 % der Migrationsbevölkerung sind nicht Flüchtlinge und nicht in der Sozialhilfe). Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Integration stellen die Regelstrukturen dar, wie z.B. die Schulen. In diesem Bereich stehen keine Integrationsgelder zur Verfügung.

2 Beantwortung der Fragen

- Warum wurden die bereitstehenden Gelder für die Integrationsmassnahmen im Jahre 2018 nicht vollständig ausgeschöpft?

Vorweg ist Folgendes zu erwähnen: Auch bei der Integrationspauschale handelt es sich um Steuergelder. Entsprechend umsichtig ist bei der Verwendung dieser Mittel vorzugehen. Es kann also für die zuständigen Sozialdienste nicht in erster Linie darum gehen, die vom Kanton zur Verfügung gestellten Maxima möglichst vollständig auszugeben. Im Vordergrund muss ein zielgerichteter Einsatz der Finanz- und Personalressourcen stehen, um eine möglichst hohe Integrationswirkung zu erzielen. Die Schlussfolgerung, dass je mehr Geld in die Integration investiert bzw. refinanziert wird, die Integrationsarbeit der Gemeinde umso erfolgreicher ist, trifft nicht zu.

Die Stadt St.Gallen hat seit Jahren, unabhängig vom jeweils geltenden übergeordneten Integrationskonzept bzw. den damit verbundenen (Re-)Finanzierungsmodalitäten, grosse Anstrengungen unternommen, die verschiedenen Gruppierungen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die im vergangenen Jahr nicht eingesetzten Finanzmittel sind im Übrigen nicht einfach «verloren». Von den für die Periode 2018 insgesamt allen Gemeinden zur Verfügung stehenden CHF 5'908'370 wurden durch die 77 Gemeinden insgesamt CHF 4'200'861 (71 %) eingesetzt. Die nicht verwendeten CHF 1,7 Mio. werden auf die Folgeperiode (Dezember 2018 bis November 2019) übertragen.

Verschiedene Gründe haben dazu geführt, dass das Beitragsmaximum im vergangenen Jahr mit rund 77 Prozent nicht vollständig ausgeschöpft werden konnte, aber dennoch über dem kantonalen Durchschnitt aller Gemeinden von 71 Prozent liegt:

- a) In der jüngeren Vergangenheit wurden das Flüchtlingskonzept und damit die Refinanzierungsmodalitäten mehrfach grundlegend geändert. Die Änderungen erfolgen meist kurzfristig und stellten die Stadt bzgl. Finanzierung immer wieder vor neue Herausforderungen. Über die 2018 geltende Regelung wurden die Sozialämter im Kanton St.Gallen am 8. November 2017 informiert. Gleichzeitig wurden die gemeindespezifischen Beitragsmaxima publiziert. Für die Stadt St.Gallen war zu diesem Zeitpunkt für den Zeitraum Dezember 2017 bis November 2018 von einem Beitragsmaximum von CHF 767'839 auszugehen. Mit Schreiben vom 6. März 2018 wurde durch den Kanton darüber informiert, dass das Beitragsmaximum für die beiden Abrechnungsjahre 2018 und 2019 um jeweils CHF 2 Mio. erhöht wurde. Für die Stadt St.Gallen bedeutete dies eine Erhöhung des Beitragsmaximums von CHF 767'839 um über 50 Prozent auf CHF 1'153'871. Davon ausgeschöpft wurden schliesslich CHF 883'428, dies entspricht rund 77 Prozent.

- b) Städte sind seit je her Anziehungspunkt von Zuwanderung und ein Schmelztiegel aller sozialer Schichten und Kulturen. In Städten treffen Zugewanderte auf Landsleute, Städte bieten ein breites Angebot von Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, soziale Nischen und Anonymität sowie ein gut ausgebauten Freizeit-, Kultur-, Beratungs- sowie Integrationsangebot und nicht zuletzt «integrationsfitte» Regelstrukturen (Schulen, familienergänzende Betreuungsangebote, Beratungsstellen, medizinische Versorgung etc.). Diese Zusammenhänge erklären sowohl den überdurchschnittlichen Ausländeranteil als auch die höhere Sozialhilfequote in der Stadt St.Gallen.

Die hohen Fallzahlen führen bei den SDS einerseits zu einem hohen Arbeits- und Abklärungsaufwand bei der Integrationsförderung, andererseits dank der erarbeiteten Erfahrung aber auch zu einem professionellen und realistischen Umgang bei der Zuweisung von Integrationsmassnahmen. Aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen hat die Stadt St.Gallen die Notwendigkeit der Integrationsförderung bereits frühzeitig erkannt und deshalb im Sinne einer Vorreiterrolle zeitgemässe Integrationsangebote sowie Regelstrukturen aufgebaut. Zudem gab es viele Initiativen aus der Zivilbevölkerung, welche nach Möglichkeit von der Stadt auch unterstützt werden. Entstanden ist eine Vielzahl von Angeboten im Bereich der Frühen Förderung, der schulischen Betreuung, Sprachförderung sowie Beratungsstellen und ein breites Netz von Hilfsangeboten von NGOs und Vereinen. Diese Leistungen stellen heute gleichsam Vorinvestitionen dar, die jedoch im Rahmen der Integrationspauschale rückwirkend nicht mehr refinanzierbar sind.

- c) Im Weiteren zeigt sich, dass die Arbeitsintegration als oberstes Integrationsziel bei vielen Flüchtlingen sich trotz verfügbarer finanzieller Mittel nur schwer erfüllen lässt. Insbesondere Städte haben mit Menschen zu tun, die verschiedene Einschränkungen haben, welche sie kaum jemals in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar machen. Dies gilt nicht nur für Flüchtlinge, aber insbesondere bei Flüchtlingen sind Traumata, gesundheitliche Defizite und Bildungsdefizite oft kaum mehr zu kompensieren. Flüchtlinge mit wenig Schulbildung und Arbeitserfahrung sowie langer Fluchtgeschichte aus Krisengebieten, insbesondere junge Mütter, sind oft nicht in der Lage, an einer Arbeitsintegrationsmassnahme oder einem regelmässigen Deutschkurs teilzunehmen. Es gelingt ihnen kaum, ihren Alltag zu bewältigen, sie machen kaum Lernfortschritte und sind mit den Anforderungen des Lebens überfordert. Eine professionelle Fallbeurteilung wird in solchen Fällen nicht die Arbeitsintegration, sondern im Rahmen von vorgelagerten Massnahmen die bessere soziale Integration und persönliche Stabilität anstreben. Im Vordergrund stehen dabei Gesundheit und Alltagsbewältigung sowie Verbesserung minimalster Grundkompetenzen. Teilweise werden solche Angebote in der Stadt St.Gallen ehrenamtlich durchgeführt oder von bestehenden Regelangeboten durch Fach- und Beratungsstellen abgedeckt, was nicht refinanzierbar ist.

Flüchtlinge, die aufgrund der Anamnese und Potentialabklärung «fit» für den ersten Arbeitsmarkt sind bzw. darauf vorbereitet und dafür qualifiziert werden können, fördert die Stadt St.Gallen unabhängig von zusätzlichen finanziellen Mitteln, etwa durch die Vermittlung in Praktikumsstellen. Der Arbeitsmarkt selbst ist von lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Entwicklungen beeinflusst. Er hält in der Tendenz wenige Arbeitsstellen für niedrigqualifizierte, weniger leistungsfähige oder ältere Menschen bereit, welche zudem auch von RAV, IV und «normalen» Sozialhilfebeziehenden Personen beansprucht werden. Die Integrationspauschale kann das nicht beeinflussen.

- d) Wie bereits bemerkt, können Flüchtlinge und Migranten ausserhalb der Sozialhilfe auf verschiedene freiwillige, meist kostenlose Angebote zurückgreifen. Zu erwähnen sind diverse Deutschkurse sowie die sozialen und begleitenden Angebote vom Solidaritätsnetz (INTEGRA), dem Solidaritätshaus, WirkRaumKirche, Caritas usw.⁴ Oftmals macht das Vorhandensein dieser vielfältigen Angebote in einem städtischen Umfeld die Zuweisung in eine teure refinanzierbare Integrationsmassnahme überflüssig, da die Integration teilweise auch über private Beziehungen und Netzwerke erfolgt. Im Jahr 2018 konnte die Stadt den von der VSGP/TISG initiierten Subventionsrahmen für die «Quartier-Deutschkurse» zu 87.5 Prozent ausschöpfen und CHF 105'000 an die Anbieter von Sprachkursen nach dem «Quartier-Deutschkursmodell» weiterleiten. Die Stadt ist bestrebt, dass möglichst viele dieser Angebote in den KIG-Katalog aufgenommen werden.
- e) Der Finanzierungsmechanismus der Integrationspauschale schliesst aus, dass die effektiven Bruttokosten, welche durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstehen, refinanziert werden. Es dürfen lediglich Nettokosten für vom KIG bewilligte Massnahmen geltend gemacht werden. So werden beispielsweise bei der Kinderbetreuung lediglich die (subventionierten) Nettokosten und nicht der kostendeckende Tagessatz vergütet.

- Nach welchen Kriterien werden Integrationsmassnahmen unterstützt? Werden Prioritäten gesetzt? Wenn ja, welche?

Die Festlegung der Integrationsmassnahmen basiert auf der Potenzialbeurteilung der FL und VA. Die Anamnese mündet in einem individuellen Integrationsplan. Auf dieser Grundlage werden die konkreten integrationsfördernden Massnahmen im sprachlichen, beruflichen sowie sozialen Bereich festgelegt. Dabei orientieren sich die SDS am KIG-Katalog. Es gilt weiterhin der Grundsatz, dass die Mittelverwendung sorgfältig und zielgerichtet erfolgt.

- Wer ist in der Stadt verantwortlich für den Einsatz der Integrationsgelder?

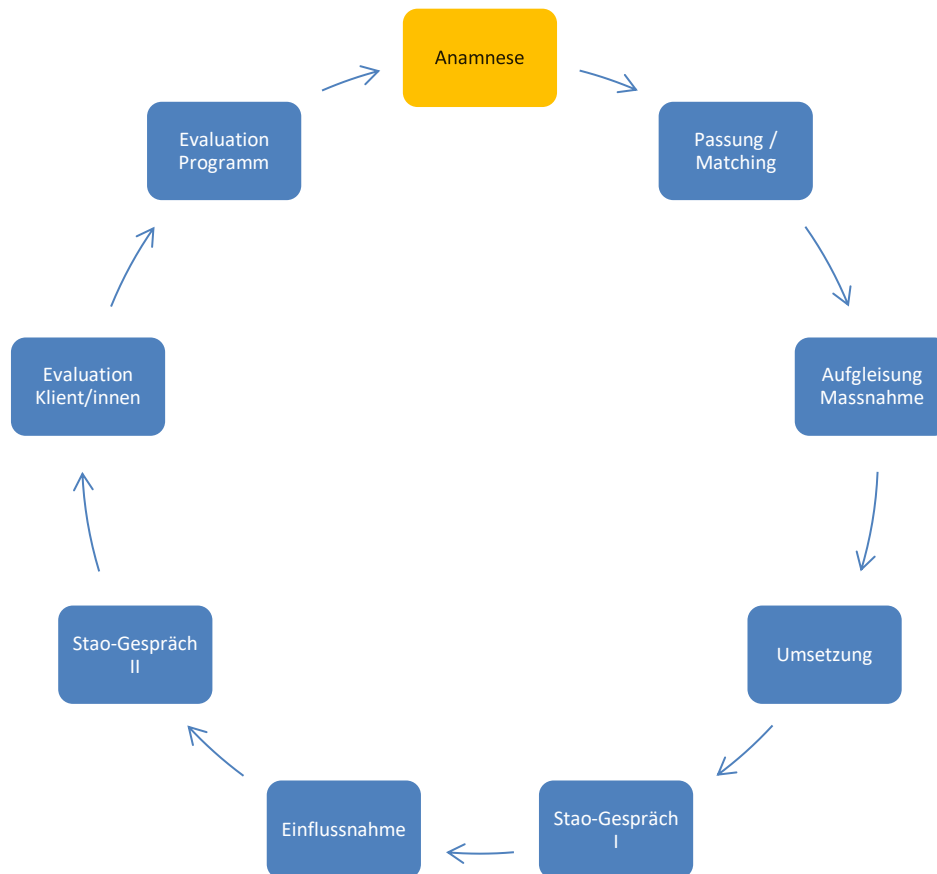
Die Federführung für den Mitteleinsatz liegt bei den SDS. Die Integrationspauschale steht seit Ende 2017 auch für Integrationsanstrengungen von FL/VA zur Verfügung, die nicht durch die Sozialhilfe unterstützt werden. Fach- und Beratungsstellen sowie Anbieter von Deutschkursen und Kinderbetreuungs- und Integrationsangeboten wurden auf die Möglichkeit hingewiesen, die von dieser Personengruppe genutzten Angebote mit Unterstützung der SDS durch IP-Mittel refinanzieren zu lassen. Die niederschwellige soziale Integration ist in der Regel die Voraussetzung für Spracherwerb und für eine gelingende Arbeitsintegration. Aus städtischer Sicht besteht in diesen Bereichen ein hoher Bedarf und ein noch nicht ausgeschöpftes Refinanzierungspotential.

- Besteht seitens der Stadt ein Konzept, wie die vom Bund beschlossenen, deutlich höheren Beiträge für die Integration ab ca. Mai 2019 sinnvoll eingesetzt werden?

Ausgangspunkt für die Integrationsarbeit bildet die Potentialabklärung bzw. die Anamnese der Klientinnen und Klienten. Abgefragt werden die verschiedenen Faktoren, die für die soziale und berufliche

⁴ Eine Übersicht der Angebote findet sich auf www.ankommen-sg.ch.

Integration bedeutsam sind. Dimensionen der Anamnese bilden insbesondere Bildungsniveau, Gesundheit, Familiensituation etc. Auf dieser Grundlage wird die Integrationsplanung vorgenommen und umgesetzt. Vereinfacht zeigt dies die nachfolgende Grafik:



Für den Zeitraum Dezember 2018 bis November 2019 stehen den 77 Gemeinden im Kanton insgesamt CHF 15'508'367 zur Verfügung. Damit liegt das Kostendach der IP 2019 gegenüber dem Kostendach der IP 2018 (CHF 5'908'370) um 262 Prozent höher. Für die Stadt St.Gallen liegt das Beitragsmaximum neu bei CHF 3'009'119 (Vorjahr: CHF 1'153'878). Mit Blick auf die in der vergangenen Abrechnungsperiode geltend gemachten CHF 883'428 wird deutlich, dass die vollständige Nutzung des Beitragsmaximums im laufenden Jahr unrealistisch ist. Grundsätzlich hat sich die bisherige Integrationsarbeit der verschiedenen Akteure bewährt. Diese Anstrengungen sollen entsprechend weitergeführt und nach Möglichkeit weiter intensiviert werden. Bei möglichen Angebotslücken stehen die SDS in engem Kontakt mit dem KIG mit dem Ziel, geeignete refinanzierbare Lösungen zu etablieren. Es braucht u.a. weitere niederschwellige und refinanzierbare soziale Integrationsangebote, welche auf die Stabilisierung der persönlichen Verhältnisse und Verbesserung der Alltagsbewältigung abzielen.

Seitens Stadt gibt es – ergänzend zu den bereits getätigten Ausführungen in der Antwort zur Frage 1 – einige Herausforderungen, welche die Ausschöpfung der verfügbaren Mittel erschweren. Es existieren verschiedene wertvolle Angebote, welche zum aktuellen Zeitpunkt nicht refinanzierbar sind. Im Massnahmenkatalog beschreibt der Kanton die konkreten Refinanzierungsmöglichkeiten. Zwischen Stadt und KIG wird deshalb der Spielraum und die Bedürfnislage der Stadt vertieft bearbeitet. Seitens der Stadt wird etwa die Refinanzierung eines «Integrationscoachings für Flüchtlinge» in Kooperation

mit lokalen Beratungsstellen angestrebt. Gegebenenfalls werden gemeinsam mit den betreffenden Beratungsstellen Pakete/Angebote entwickelt und verfügbar gemacht. Die Stadt steht dabei im Austausch mit dem KIG und greift auf das breite städtische Netz sowie die REPAS zurück. Gemeinsam werden zudem Anstrengungen unternommen, um geeignete Angebote (etwa «Deutsch für Mütter» in den Quartierschulhäusern) durch das KIG genehmigen zu lassen.

Der zielgerichtete Einsatz von Integrationsmitteln erfordert Ressourcen. Mit dem vorhandenen Personalkörper ist die angestrebte Intensivierung der Integrationsanstrengungen nur bedingt zu leisten. Das Anliegen der Stadt, Personalkosten von Mitarbeitenden, die sich zweckgebunden ausschliesslich dem Integrationscoaching von FL und VA widmen, über die Integrationspauschale zu refinanzieren, wurde bislang durch das Departement für Inneres abschlägig behandelt.

Weiter gibt es auch organisatorische und technische Herausforderungen. Mit Information vom 28. Februar und 14. März 2019 können auch Spesen, wie zum Beispiel Reise- und Verpflegungsspesen oder schulische Hilfsmittel, über die Integrationspauschale refinanziert werden. Die Umsetzung dieser grundsätzlich sinnvollen Änderung erfordert u.a. Anpassungen bei der Fachapplikation. Die vergleichsweise kurzfristigen Änderungen der kantonal vorgegebenen Rahmenbedingungen für refinanzierbare Integrationsmassnahmen stellen einen Sozialdienst von der Grösse der Stadt St.Gallen vor besondere Herausforderungen. Wo kleinere Gemeinde u.U. hinsichtlich ihrer wenigen Fälle flexibel reagieren können, ist die Stadt für die Etablierung der notwendigen Prozesse auf längerfristige Zeithorizonte angewiesen.

- Wird es mit den erhöhten Bundesbeiträgen noch weitere Veränderungen bei der Integration von Flüchtlingen in der Stadt St.Gallen geben? Wenn ja, welche?

Die deutliche Erhöhung der verfügbaren Mittel ändert nichts an der grundsätzlichen Stossrichtung der Integrationsanstrengungen. Die Zielsetzungen der Integration bleiben unverändert, sollen aber dank der zusätzlichen Finanzmittel intensiviert werden. Vor diesem Hintergrund ist nicht mit grundsätzlichen Änderungen zu rechnen, sondern mit einer Ausweitung der bisherigen, bewährten Anstrengungen. Dabei ist es aus städtischer Sicht wichtig, dass sämtliche zielgerichteten, zweckgebundenen Leistungen abgegolten bzw. refinanziert werden können. Dazu gehören auch die entsprechenden Personalressourcen und die Bruttokosten von städtischen Angeboten.

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:

- Interpellation vom 26. Februar 2019